

Die Sonne lockte Tausende ins Freie – hier an der Reuss in Luzern.

KEYSTONE



Der Frühling lädt zum Flanieren ein

Das kalte Wetter drückte in der ganzen Schweiz auf die Laune. «Ostern kälter als Weihnachten», lamentierten nicht nur die Zeitungen. Die Kälte schuf aber auch ungekannte Allianzen. Während das Zürcher Bürgertum am Montag tra-

ditionell per **Bögg-Verbrennung** den Winter vertreibt, protestieren auch die Hausbesitzer für einmal für höhere Temperaturen statt für tiefere Mieten. «Frühling Jetzt!», hiess es auf einem Transparent. Mit Erfolg: Nach letzten

Schauern fand die Sonne am Samstag ein Loch in den Wolken und sorgte für Temperaturen um die 15 Grad. Viele nutzten dies wie hier in Luzern zum Flanieren. Heute soll es **bis zu 25 Grad** warm werden. Also raus an die Sonne!

Neuer Verwaltungsratspräsident der NZZ als «Abzocker» bezeichnet

Starke Opposition gegen Etienne Jornod an der Generalversammlung

VON BEAT SCHMID

Turbulente Generalversammlung der Neuen Zürcher Zeitung gestern in Zürich. Redner G.* bezeichnete in seinem Votum den Kandidaten fürs Präsidium, Etienne Jornod, als Abzocker. Dies sagen mehrere Teilnehmer der Veranstaltung, die nur für eingetragene Aktionäre zugänglich ist. Jornod steht seit 17 Jahren an der Spitze der Medikamenten-Logistik und Apotheken-Betreiberin Galenica. Fürs vergangene Jahr erhielt er eine Gesamtvergütung von 3,9 Mio. Franken.

Dem harten Kern des Zürcher Establishments passten offenbar nicht nur seine üppigen Bezüge nicht, sondern auch seine Herkunft aus der Westschweiz. Er sei zu wenig zürcherisch, hiess es. Jornod wurde nur mit zwei Dritteln der Stimmen gewählt – eine Ohrfeige für den neuen Präsidenten. «Da zeigte sich die Zürcher Arroganz in

ihrer ganzen Pracht», sagt ein Teilnehmer zur «Schweiz am Sonntag». Wunschkandidat des «Zürcher Teigs» sei Swiss-Re-Präsident Walter Kielholz gewesen. Dieser

«Da zeigte sich die Zürcher Arroganz in ihrer ganzen Pracht.»

EIN NZZ-AKTIONÄR

wäre sehr gerne an die Spitze der NZZ gerückt, wenn man ihn denn zur Wahl aufgestellt hätte.

Auch die anderen VR-Kandidaten wurden mit wenig berauschenden Resultaten gewählt. Werber Dominique von Matt, Anwalt Christoph Schmid und Marketing-Spezialistin Isabelle Welton erreichten kaum mehr als 80 Prozent der Stimmen. NZZ-Sprecherin Bettina Schibli wollte die Stimmergebnisse

nicht kommentieren. Sie verwies darauf, dass die NZZ-GV eine private Veranstaltung sei.

SCHON IM VORFELD der Generalversammlung kam es zu Unstimmigkeiten unter den NZZ-Aktionären, weil die Gruppe «IG Freunde der NZZ» zwei Traktanden einreichte, die wegen eines Formfehlers abgelehnt wurden. Die Gruppe verlangte u.a. die Einführung eines Benefitprogramms für Aktionäre sowie die Aufhebung umstrittener Vinkulierungsbestimmungen, insbesondere die Vorgabe, keiner anderen Partei als der FDP anzugehören.

Der scheidende Präsident Franz Steinegger sagte vor den versammelten Aktionären, dass die NZZ den Anliegen der Gruppierung entgegenkommen wolle. Er stellte zudem in Aussicht, dass auch jene Aktionäre Dividenden erhalten sollen, die nicht eingetragen sind. Dazu werde die NZZ Rückstellungen bilden.

*Name der Redaktion bekannt

Sprungbrett Nationalrat

Von Bundesbern zurück in die Kantonsregierung

Politiker haben einen neuen Karriereweg eingeschlagen: Erst werden sie als Nationalrat berühmt, dann kandidieren sie für Exekutiven im Heimkanton.

VON FLORENCE VUICHARD

Nicht weniger als fünf Nationalräte stellen sich im Oktober in Genf für den Regierungsrat zur Wahl. Der Fraktionschef der Grünen, Antonio Hodgers, hat ebenso Ambitionen auf ein Exekutivamt wie seine Ratskollegen von der CVP respektive des Mouvement Citoyens Genevois, Luc Barthassat und Mauro Poggia. Die SVP schickt ihre Nationalräte, Yves Nidegger und Cécile Amaudruz, ins Rennen.

In den Startlöchern ist ebenso Eric Nussbauer (SP). Er stellt sich in einer Woche in Baselland zur Wahl. Auch Yvan Perrin (SVP) und Alain Ribaux (FDP) wollen Bern zugunsten eines Exekutivamtes verlassen: Sie kandidieren am 28. April für die Neuenburger Regierung.

ZUERST NATIONALRAT, dann in die Exekutive: Dass diese Karrierestrategie aufgehen kann, haben mehrere Politiker jüngst bewiesen: Oskar Freysinger (SVP) eroberte am 17. März einen Sitz in der Walliser Regierung, Geri Müller (Grüne) zwei Wochen zuvor das Stadtpräsidium von Baden. Ursula Wyss (SP) und Franziska Teuscher (Grüne) tauschten Anfang Jahr ihr Nationalratsmandat gegen einen Sitz in der Stadtberner Regierung.

Einen Vorteil haben die Kandidaten aus dem Nationalrat gegenüber ihren Kontrahenten: Sie sind national berühmt und profitieren von einer intensiven Medienpräsenz. Ein Trumpf bei einer Majorzwahl, bei der man mehr als die Hälfte aller Stimmen braucht. «Die Medienöffentlichkeit birgt auch Risiken», sagt Perrin mit dem Verweis auf die vielen Artikel über seine Gesundheitsprobleme. «Wer sich den Medien stellt, muss es immer tun. Es gibt kein Anrecht auf nur wohlwollende Artikel.»

Doch wieso wollen die Politiker jetzt alle die nationale Bühne verlassen?

CVP-Ständerat Urs Schwaller, der früher in der Freiburger Kantonsregierung sass, weiss eine Antwort: «In einem Exekutivamt man hat mehr Gestaltungsspielraum.» In Bern gehe der Gesetzgebungsprozess zum Teil sehr langsam voran. «Der Nationalrat ist ein hektisches Milizamt», sagt auch Nussbauer.

Ein weiterer häufig genannter Grund für den Sturm der Nationalräte auf Exekutivämter ist die steigende Bedeutung der nationalen Politik für die Kantone. Als Bundespolitiker sind sie

AB IN DEN REGIERUNGSRAT?

Der SVP-Nationalrat Oskar Freysinger hat im März die Wahl in die Walliser Regierung geschafft.

Der SP-Nationalrat Eric Nussbauer kandidiert in Baselland, wo die Wahl in einer Woche stattfindet.

Am 28. April wählt Neuenburg eine neue Regierung. Kandidat ist auch FDP-Nationalrat Alain Ribaux.

Für die Wahlen im Oktober in Genf treten gleich 5 Nationalräte an – auch der Grüne Antonio Hodgers.

ihrer Meinung nach deshalb die besten Kandidaten. «Bundesbern-Erfahrung ist notwendig in einer kantonalen Regierung», betont Barthassat. Gemäss Hodgers kommt in Genf ein zusätzliches Element hinzu: Früher hätte sich seine Heimat weder um die Schweiz noch um Bundesbern gekümmert. «Jetzt interessiert sich Genf wieder für Bern. Das ist neu, und das ist gut», sagt Hodgers. Früher hätten dort höchstens altgediente Politiker ihre Karrieren beendet.

Ein Muster, das noch heute den Ständerat dominiert: Nebst Schwaller sassen etwa ein Drittel der Ständeräte zuvor in einer Exekutive.

Weniger Abtreibungen bei Teenagern

80 Frauen unter 16 entschieden sich für einen Schwangerschaftsabbruch

VON FABIANNE RIKLIN

An der Sondersession kommende Woche entscheidet der Nationalrat über die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache». Die Initiative sieht vor, dass der Schwangerschaftsabbruch nicht mehr durch die Krankenkasse finanziert wird, sondern von jeder betroffenen Frau selbst bezahlt werden muss.

RECHERCHEN ZEIGEN: Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist in der Schweiz seit 2004 konstant. Die Rate beträgt 6,8 Abbrüche pro 1000 Frauen. Bei den Teenagern sind die Abtreibungen gar rückläufig. Kam es bei den unter 16-Jährigen 2007 noch zu 123 Abtreibungen, waren es vier Jahre später noch 80.

«Die tiefen Zahlen zeigen, dass die Präventionsmassnahmen in der Schweiz gut funktionieren.

Dazu gehört auch die schulische Sexualaufklärung», sagt Rainer Kamber von der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz.

Seit 2002 gilt in der Schweiz die Fristenregelung – 72 Prozent der Bevölkerung sprachen sich

6,8

Auf 1000 Frauen in der Schweiz kommen 6,8 Abtreibungen.

dafür aus. Vorkämpferin ist Anne-Marie Rey von der Schwangerschaftsabbruch-Infostelle. Sie ist es auch, die sich jetzt gegen die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» starkmacht: «Das Kostenargument ist vorgeschoben. In Wirklichkeit

geht es den Initianten um die moralische Verurteilung und Stigmatisierung des Schwangerschaftsabbruchs und der abtreibenden Frauen und Ärzte.»

Auch für Kamber von der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz ist klar: Die Initiative ist ein Rückschritt. «Es gäbe nicht weniger Abbrüche, aber die Verantwortung würde offiziell wieder den Frauen zugeschoben. Wir erwarten, dass die Zahl von nicht fachgerecht durchgeführten Eingriffen zunehmen würde, weil Frauen in prekären Verhältnissen stärker betroffen sind.»

DIE INITIATIVE SIEHT VOR, dass in «seltenen Ausnahmen» die Finanzierung trotzdem möglich sein soll, gemäss Initianten zum Beispiel bei einer Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung. Näher definiert die Initiative die Ausnahmen jedoch nicht.